

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Bieteschäft 2,90 Mk. monatl. 1,30 Mk.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus
Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Multiplizierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements 1,30 Mark pro Monat
Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
Liste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2,50 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat Postabonnements
nehmen an Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Jugensland, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Vorwärts

Die Inzerions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Berichts-
und Berichtigungs-Anzeigen 50 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das festgebundene
Wort 30 Pf. (zuletzt 2 festgebundene
Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
Streifenzeile und Schließelma-
nagen das erste Wort 30 Pf. jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 15. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Russischer Sozialreformismus.

In seinem von uns wiedergegebenen prächtigen Referat
über Krieg und Arbeiterklasse bemerkte Genosse Dr. Salter
auf dem Osterkongreß der englischen Unabhängigen Arbeiter-
partei, alle Regierungen hätten während des Krieges be-
stätigt, daß der Krieg nicht ohne die Unterstützung der Ar-
beiter geführt werden könne. Dieser Satz findet selbst
in Rußland seine Bestätigung. Schon im vorigen Jahr schrieb
das Organ des russischen Kriegsministeriums „Russki
Invalid“, in diesem Kriege siege der Arbeiter, der
technische Fortschritt, die wirtschaftliche und kulturelle Organi-
sation der Arbeit. Und ähnlich äußerte sich noch vor kurzem
der Redaktionsführer Wiljufow in der Duma: „In den
70er Jahren — rief er aus — hieß es, der Schullehrer habe
den Sieg davongetragen; in unserem Krieg jedoch, dem Krieg
der Technik, siegt der Ingenieur, siegt der Arbeiter, und man
muß den Arbeitern klar machen, welche ungeheure
Rolle sie im künftigen Sieg spielen, und wie groß die Ver-
antwortung ist, die schon diese Rolle allein ihnen auferlegt.“
Aus diesen beiden Stichproben geht mit genügender
Deutlichkeit hervor, wie wichtig auch den leitenden Männern
Rußlands, den offiziellen Regierungsmännern wie ihren in-
offiziellen liberalen Handlangern, die Mitwirkung der
Arbeiterklasse im Kriege erscheint. Bei Beginn des
Krieges schien es der russischen Regierung, daß sie sich den not-
wendigen technischen Fortschritt sichern könnte, indem sie der
kapitalistischen Bourgeoisie, dem Unternehmertum, gewisse Zu-
geständnisse machte. Diese Situation wurde denn auch von
der Bourgeoisie insofern ausgenutzt, als sie sich in Form
verschiedener Organisationen wichtige politische Stützpunkte
und eine größere Bewegungsfreiheit verschaffte. Den
zweiten Faktor auf dem Gebiete des technischen
Fortschritts, die Arbeitskraft, glaubten die Regie-
rung und die Bourgeoisie einfach ignorieren zu können.
Aber in der zweiten Hälfte des Krieges, als die Niederlagen
und die innere Desorganisation eine Zusammenfassung aller
Kräfte erforderlich machten, mußten auch diesem Faktor Zu-
geständnisse gemacht werden. Hier war es in erster Linie die
kapitalistische Bourgeoisie selbst, die im Interesse des in allen
Fragen krachenden „sozialen Friedens“, noch mehr aber zur
Popularisierung der neuen Parole des „Volkkrieges“ dafür
eintrat, daß die Arbeiter zum Werk der „Landesverteidigung“
aktiv herangezogen und ihnen eine größere Bewegungsfreiheit
berliefen werden sollte. Zugleich traf sie aber auch sofort
Maßnahmen, um die Arbeiter an ihre Kriegspolitik zu fesseln,
ihre Massenbewegung zu hemmen und jedem Ausbruch ihres
revolutionären Strebens vorzubeugen. Diese Zwiespältigkeit
in der Haltung der russischen Bourgeoisie zur Arbeiter-
klasse, im Verein mit dem ganzen Komplex der un-
gelösten politischen und sozialen Probleme in Ruß-
land, verließ den sozialpolitischen Bestrebungen der
russischen bürgerlichen Parteien, die in den letzten Monaten
durch die Verhältnisse in den Vordergrund gerückt wurden,
einen ungeheuer komplizierten und nur schwer zu erfassenden
Charakter.

Ihren offenen Ausdruck gewannen diese Bestrebungen
anlässlich der Erörterungen über den bekannten Streik der
Arbeiter in den Putiloffwerken, der gleichsam
die Rolle eines Gradmessers der sozialpolitischen Bestrebungen
der verschiedenen Parteien spielte. Aus dem nur verkürzt
wiedergegebenen Bericht über die geheime Dumaaktion vom
20. März sind wir nur sehr unzureichend über diesen Aus-
stand unterrichtet. Fest steht aber jedenfalls, daß die 28 000
Arbeiter der Putiloffwerke zuerst einige Zeit den sogenannten
„italienischen Streik“ ausübten, d. h. in die Werkstätten kamen,
aber nicht arbeiteten, um danach, als ihre Forderungen auf
den beharrlichen Widerstand der Werkleitung stießen, zwei
Wochen lang in den Ausstand zu treten. In erster Linie
handelte es sich bei diesen Forderungen um Lohn-
aufbesserungen, die infolge der enormen Lebensmitteler-
teuerung notwendig geworden waren. Wie Genosse
Chaustow, der Redner der sozialdemokratischen Fraktion,
bei der Begründung der Interpellation über den Putiloffstreik
in der Duma ausführte, war der Durchschnittslohn der Arbeiter
1915 auf 3,15 Rubel, d. h. um 40 Proz. gegenüber dem Vor-
jahr gestiegen. Diese Steigerung war aber erzielt nicht durch
die Erhöhung des Stundenlohnes, sondern durch außer-
ordentlich zahlreiche Ueberstunden, und die Löhne blieben in-
folge der enormen Lebensmittelerhöhung in ihrem Realwert
noch um mindestens 30 Proz. hinter den Löhnen des Vor-
jahres zurück. Die Berechtigung der Lohnforderungen der
Arbeiter wurde denn auch selbst von den bürgerlichen Ab-
geordneten in der Duma zugegeben. Aber, so bezogte die
liberale Presse, bei aller Berechtigung der wirtschaftlichen
Forderungen durften die Arbeiter nicht zum Streik
greifen, denn (so hieß es in der „Hefisch“) jeder Streiktag
in den Putiloffwerken sei gleichbedeutend mit dem
Verlust einer Batterie an den Feind. Die professoralen
Sozialpolitiker in den „Russija Wedomosti“ gingen noch
weiter: „Die Pflicht vor dem Vaterland“, schrieb das Blatt,
mußte die Arbeiter veranlassen, einen Ausweg aus der un-
günstigen Lage zu suchen, ohne die Armee zu beeinträchtigen.
Und zwang denn nicht die Bürgerpflicht im äußersten Falle

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
14. Mai 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein Erkundungstrupp drang am Bloegsteert Wald
(nördlich Armentières) in die feindliche zweite Linie
ein, sprengte einen Minenschatz und kehrte mit 10 ge-
fangenen Engländern zurück.

In der Gegend von Givensh-en-Gohelle fanden
Minensprengungen in der englischen Stellung und für
uns erfolgreiche Kämpfe um Graben und Trichter statt.

Auf dem westlichen Maasufer wurde ein gegen die
Höhe 304 unternommener französischer Handgranaten-
angriff abgewiesen. Die gegenseitige Artillerietätigkeit
auf beiden Maasufnern war lebhaft.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Feindliche Flieger, die auf Mirovca und Doiran
Bomben abwarfen, wurden durch unser Abwehrfeuer ver-
trieben.

Oberste Seeresleitung.

U-Boot-Erfolge.

Amtlich. Berlin, 14. Mai. (W. Z. V.) U-Boot-
erfolge im Monat April 1916 sind: 96 feindliche
Handelschiffe mit rund 225 000 Bruttoregistertonnen
durch deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote ver-
senkt oder durch Minen verloren gegangen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, den 14. Mai 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird
verlautbart:

Russischer und südböhmischer Kriegsschauplatz.

Nichts von Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Doberdo wurde nachts ein heftiger
Handgranatenangriff der Italiener westlich von San Martins
nach hartnäckigem Kampf abgewiesen. — Sonst war die Ge-
fechtstätigkeit gering.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

selbst dazu, eine offensbare Ungerechtigkeit zu ertragen, um
das Vaterland zu retten?“

Der Geist, der aus diesen Äußerungen spricht, kenn-
zeichnet auch die Haltung, die der fortschrittliche Block bei der
Erörterung des Putiloffausstandes in der Duma einnahm.
Ergänzt wurde er durch das Argument, das beste Mittel
gegen Ausstände sei eine gewisse Organisationsmöglichkeit der
Arbeiter, die den Einfluß der extremen Elemente ausschalte,
den „Besonnenen“ die Ueberhand gebe und die friedliche
Schlichtung industrieller Konflikte ermögliche. Die Duma
schwang sich denn auch in ihrer Mehrheit zu dem Wunsche
auf, daß die Löhne entsprechend den allgemeinen wirtschaft-
lichen Verhältnissen des Landes erhöht, die Hindernisse für die
legale Tätigkeit „rein wirtschaftlicher“ Arbeiterorganisationen
aus dem Wege geräumt und Einigungsämter zur Schlichtung
von Konflikten zwischen Arbeit und Kapital eingeräumt
werden sollen, — alles natürlich nur im Interesse der
„Landesverteidigung.“

Um die hier formulierten sozialpolitischen Maßnahmen
dreht sich momentan die öffentliche Erörterung der russischen
Arbeiterfrage. Soweit die Kreise der Industrie, die in den
Kriegsindustrieausschüssen vertreten sind, in Betracht kommen,
werden diese Forderungen, wie der vor einigen Wochen statt-
gefundene Kongreß der Kriegsindustrieausschüsse zeigte, durchaus
unterstützt. In den einflussreichen Unternehmerorganisationen
jedoch wird selbst diesen bescheidenen Forderungen gegenüber
eine Verschleppungs- und Widerstandstaktik geübt, die wenig
Gutes verspricht. Dementsprechend ist auch die Taktik der
einzelnen Regierungskressen. Das mit den Unterneh-
merorganisationen eng verquickte Handels- und Industrie-
ministerium ist entschieden gegen die Einführung von
Lohnminima und Einigungsämtern, hätte aber nichts gegen
die Duldung von rein wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen
einzuwenden, — fernerhalten diese in das Ressort des Mi-
nisterium des Innern fallen, das mit Hilfe seines
Polizeidepartements schon dafür sorgt, daß die Bäume nicht
in den Himmel wachsen. Wie jedoch der Chef der Regierung,
Ministerpräsident Stürmer, sich gegenüber den sozial-
reformerischen Bestrebungen der liberalen Bourgeoisie ver-
hält, zeigen seine Äußerungen anlässlich einer Audienz, die er
am 21. April dem Vizepräsidenten des Zentralen Kriegs-

ausschusses, Konowalow, und dem Vorsitzenden der
Arbeitergruppe dieses Ausschusses, Gwasdew, allergnädigst
gewährte.

Die Einzelheiten dieser Audienz verdienen festgehalten zu
werden, da in ihnen wie in einem Brennspiegel die einander
kreuzenden Bestrebungen der verschiedenen politischen Kräfte
Rußlands hervortreten. Herr Konowalow hat zunächst, die
Regierung möge gestatten, daß die Arbeitervertreter in den
Kriegsindustrieausschüssen mit ihren Wählern in den Fabriken
ohne Weisheit der Polizei Versammlungen abhalten. Er habe,
fügte der liberale Fabrikant und Parlamentarier zur Be-
gründung hinzu, sich selber davon überzeugt, daß die
Arbeitermasse durchaus „loyal“ gesinnt sei. Man müsse den
Arbeitern die Möglichkeit gewähren, solche Versammlungen ab-
zuhalten, um sie nicht auf den Weg illegaler Versammlungen
zu drängen.

Der Arbeitervertreter Gwasdew fügte zu diesen Aus-
führungen hinzu, die Einmischung der Polizei bei diesen Ver-
sammlungen sei schon deshalb unerwünscht, weil unter den
Arbeitern bekanntlich verschiedene Strömungen
vorhanden seien, deren freie Äußerung die Polizei nur
hindern und dadurch die Versammlungen de facto unmöglich
machen könne. Die Vertreter der Regierung, die durch die
Arbeitergruppe im Kriegsindustrieausschuß repräsentiert werde,
seien von der Richtigkeit ihrer Haltung so sehr überzeugt,
daß sie mit ihren idealen Gegnern selber fertig werden
würden.

„Unser Auftreten als Vertreter der Arbeiterklasse Ruß-
lands im Zentralen Kriegsindustrieausschuß — fügte Gwasdew
hinzu — wurde in der ganzen Welt als eine Tatsache von
ungeheurer Bedeutung eingestuft.“ (Herr Gwasdew leidet
offenbar an einer gewaltigen Uebererschätzung seiner Tätigkeit,
wie der seiner Gesinnungsgenossen: wenn ihr Auftreten in
sozialistischen Kreisen Eindruck gemacht hat, so lediglich
einen negativen.) „Dadurch aber, daß wir 10 Mann uns
selber überlassen sind und keine Versammlungen mit unseren
Wählern abhalten können, wird diese Tatsache bedeutungslos,
und dies zeigt wiederum, daß die Regierung ihre veraltete
Politik der Verdächtigung und des Mißtrauens gegenüber der
Arbeiterklasse noch immer nicht preisgegeben hat.“

Der Ministerpräsident Stürmer erwiderte darauf, er werde
über diese Frage „nachdenken“.

Herr Konowalow schnitt darauf die Frage der Gewerks-
schaften und der Einigungsämter an, und hob besonders die
Wichtigkeit dieser Fragen für den erfolgreichen und ununter-
brochenen Gang der Arbeiten in den Fabriken hervor.
Gwasdew sekundierte diesen Ausführungen mit dem Hinweis
auf die segensreichen Wirkungen der Gewerkschaften und der
Einigungsämter in den westeuropäischen Ländern.

Da der Chef der russischen Regierung sich in diesen kom-
plizierten Fragen offenbar gar nicht zu Hause fühlte, wandte
er sich an seinen anwesenden Gefasien Stepanow mit der
Frage, wie es sich eigentlich mit den Gewerkschaften verhielte,
und bemerkte darauf, diese Fragen „interessierten“ die Re-
gierung und würden von ihr „bearbeitet“.

Gwasdew wandte sich darauf mit der empörten Frage
an den Minister, weshalb denn nicht auch die Vertreter der
Arbeiter zu der „Beantwortung“ dieser Fragen herangezogen
würden?

„In die Kommission“, entgegnete der Minister, „werden
nur erwachsene Leute eingeladen.“

„Ich bin erwachsen“, erwiderte Gwasdew, „und betrachte
mich als genügend kenntnisreich in den Fragen, die die Ar-
beiter betreffen. Mich aber hat man zu dieser Beratung nicht
eingeladen, und zwar infolge desselben Mißtrauens, das die
Regierung zu den Arbeitern hegt.“

„Zuerst laden wir die Erwachsenen ein“, ent-
gegnete mit einem feinen Lächeln der Ministerpräsident
Stürmer.

Wenn etwas geeignet ist, die jetzige Situation auf dem
Gebiete der „sozialen Reformen“ in Rußland zu beleuchten,
so ist es diese farbenprächtige Szene im Kabinett des Minister-
präsidenten. Der innerlich hilflose, weil von der Massen-
bewegung abgeschnittene und die revolutionäre Vergangenheit
verleugnende Sozialreformismus des gemäßigten Flügels der
organisierten Arbeiter hat im Bunde mit seinen Gönnern aus
den Reihen der liberalen Bourgeoisie den Versuch gemacht,
durch die Anpassung an die Kriegsverhältnisse etliche Reformen
und Konzessionen durchzusetzen. Dieser Versuch der Ueber-
listung des Gegners scheiterte aber an der Festigkeit der
Träger der Regierungsgewalt.

Für den Frieden.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus
Kopenhagen trifft der Sekretär des holländischen Anti-
Deloog Rands, Dr. de Jong van Beek, in den nächsten
Tagen in Kopenhagen ein, um zunächst dort und dann in
Schweden und Norwegen die Stimmung für eine systema-
tische Friedensarbeit zu erwecken.

Turin, 13. Mai. (L. U.) Nach Berichten des Korre-
spondenten der „Stampa“ in Rom soll der Vatikan sehr rege
mit dem spanischen Gesandten verhandelt haben zu dem
Zweck, daß König Alfons die Initiative bezüglich An-

Knüpfung von Friedensverhandlungen ergreife. Nebenbei will der Papst versuchen, auch den Präsidenten Wilson für die Ergreifung der Initiative im Sinne von Friedensbestrebungen zu gewinnen.

London, 14. Mai. (B. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Im Ethischen Institut fand gestern eine geheime Versammlung zugunsten des Friedens statt. Die Polizei schützte die Versammlung und verhinderte eine wütende Volksmenge, sich den Eingang zum Versammlungslokal zu erzwingen. Als die Teilnehmer der Versammlung aber das Gebäude verließen, wurden sie angegriffen und mehrere von ihnen wurden verwundet.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 14. Mai. (B. T. V.) Amtlicher Bericht vom Sonnabend nachmittag: Auf dem linken Ufer der Maas ununterbrochener Artilleriekampf in den Abschnitten des Waldes von Avocourt und der Höhe 804. Im Laufe der Nacht haben wir noch einige Fortschritte an der Höhe 287 gemacht. Auf dem rechten Ufer erneuerten die Deutschen gestern gegen Ende des Tages ihre Angriffe auf unsere Gräben südlich von Douaumont. Trotz heftiger Beschließung, die den feindlichen Stürmen vorausging, geriet unsere Linie an keiner Stelle ins Wanken. Alle Angriffe wurden mit für den Gegner ersten Verlusten zurückgeschlagen. Andere Angriffsversuche, die sich im Laufe der Nacht gegen unsere Stellungen nördlich des Gehöftes von Thiaumont richteten, wurden gleichfalls durch unser Sperr- und Maschinengewehrfeuer angehalten. Bei Sparges konnte eine starke deutsche Aufklärungsabteilung, die nach einem Bombardement gegen unsere Linien Linien strebte, sich nicht aus dem Walde von Parroy und von de Sapt entwickeln. ziemlich heftige Kanonade. Die Nacht war ruhig auf dem übrigen Teile der Front.

Paris, 14. Mai. (B. T. V.) Amtlicher Bericht vom Sonnabendabend. In der Champagne ziemlich lebhaftige Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien in der Gegend von Brodes und von Groß-St. Hilaire. Auf dem linken Ufer der Maas verminderte sich die Stärke der Beschließung im Laufe des Tages. Wir wiesen einen Angriff auf unsere Stellungen westlich von der Höhe 804 zurück. In den Nordosthängen des „Toten Mannes“ scheiterte ein vom Feinde versuchter Handstreich vollständig. Auf dem rechten Maasufer und im Woivre-Gebiete war der Tag verhältnismäßig ruhig. Von der übrigen Front ist kein wichtiges Ereignis zu melden, außer der üblichen Kanonade.

Flugwesen: In der Nacht vom 12. auf den 13. Mai hat ein unserer Geschwader, bestehend aus zehn Flugzeugen, 43 Bomben auf die Bahnhöfe von Nantillois und Vrieuxles und auf die Lager in der Gegend von Nonfaucou und von Romagne abgeworfen. In derselben Nacht hat eines unserer Flugzeuge elf Bomben auf die Luftschiffhalle bei Meh-Frescaux geworfen.

Belgischer Bericht: Der Tag war ruhig an der belgischen Front. Einige Artillerietätigkeit in der Gegend westlich von Steenstraete.

Die englische Meldung.

London, 13. Mai. (B. T. V.) Britischer Kriegsbericht. Gestern Abend unternahm der Feind nach heftiger Beschließung unserer Gräben zwischen der Somme und Morcourt drei Angriffe, von denen einer Erfolg hatte. Der Feind drang in die Gräben ein, wurde aber sofort wieder hinausgetrieben. Einige tote Deutsche konnte man in den Drahtverhaken sehen. Ein Gefangener wurde gemacht und wir verloren auch einen Gefangenen. Auf dem übrigen Teil der Front Artilleriekämpfe und Kampf mit Schützengrabenschießern. Am heftigsten war das Feuer bei Hebuterne, Souchez, Corchey, dem Hohenzollernwerk und im Abschnitt von St. Eloi. Feindliche Minenaktivität bei Wytschaete.

Französische Aerzte.

Berlin, 13. Mai. (B. T. V.) Amtlich. Wie manche französische Aerzte ihre Berufs- und Menschenpflichten erfüllen, ergibt sich wieder einmal aus der Aussage eines französischen Kriegs-

Alfred Kethel.

Zu seinem 100. Geburtstage, 15. Mai.

Es ist mehr als die übliche Guldigung, wenn das deutsche Volk gerade in dieser Zeit des 100. Geburtstages Alfred Kethels gedenkt: besteht doch heute unter Forschern und Kennern hüllige Einstimmigkeit darüber, daß Deutschland in ihm den größten Geschichtsmaler besitzt, den seine Kunst im 19. Jahrhundert hervorgerichtet hat. Doppelt ergreifend gestaltet sich die Betrachtung seines Lebens, weil es so hell und glänzend begonnen und so tragisch geendet hat. Kethel, ein Sohn der alten Kaiserstadt Aachen, war ein Wunderkind, dessen Begabung sich früh unumkehrbar kundtutete, der nach als halber Knabe in der Düsselthor Akademie Aufnahme fand und dort durch Talent, Geist und persönliche Anmut alles bezauerte. Er war erst 16 Jahre alt, als er in seinem ersten Oelgemälde, einem heiligen Bonifatius, einen ungewöhnlichen Beweis seiner künstlerischen Originalität gab. Wie die ganze Aachener Kunst, so war auch dieser Sohn der Rheinlande im Vampirkreise der Romantik aufgewachsen, allein sehr bald wurde es deutlich, daß er von der herrschenden Richtung der Düsselthor Schule immer schärfer abzuweichen begann. Die Schwadower Schule fiel gerade damals immer mehr der Sittlichkeit anheim und erstarrte in einem sich immer wiederholenden Mechanismus romantischer Geschichtsmalerei. Der junge Kethel aber war eine durchaus männliche Natur, die das Kraftvolle, ja selbst das Herbe suchte und bevorzugte, und lebendige Beobachtung und Uebung hielten ihn in einer innigen Fühlung mit der Natur, die ihn vor dem tödlichen Schema bewahrte. So war es ganz natürlich, daß er zu den Jungen der „Sezession“ gehörte, die im Jahre 1838 der rheinischen Kunststadt Aachen folgten. Er wandte sich damals nach Frankfurt a. M., wo er sich an Philipp Veit anschloß. In Frankfurt hat eine Reihe seiner bedeutendsten Werke ihren Ursprung genommen. Hier malte er den Kaiserstuhl mit den Charaktervollen Figuren der deutschen Kaiser aus; hier entwarf er den großartigen Hannibaldzug; hier erhielt er endlich im Jahre 1840 den beifolgendsten Auftrag zur Ausmalung des Aachener Rathsaalstades, der freilich erst nach sechs Jahren zur Ausführung kommen konnte. Es waren Jahre peinlicher Erwartung, aufreibender Kämpfe, vielfältiger Enttäuschungen, die das zarte Nervensystem des feinfühleren Künstlers zweifellos tief erschüttert haben, und als er dann wirklich — mit welcher Veresierung und Dingabe! — die Aachener Fresken fertigstellte, da erneuerten sich die Kämpfe, da ließ sich sein kühnes Wollen und Leisten überall auf den Widerstand und Unterhand der Epichbürger und des Bauaufsehtums. Kethels Aachener Werk ist unvollendet geblieben und von keiner Hand fortgesetzt worden; der Meister aber erstellte schon nach wenigen Jahren, während er mit der geliebten, endlich erlangenen Frau Stallen bewohnte, das furchtbare Geschick geistiger Unmacht, der er dann 1850, nach wenigen Jahren hoffnungslosen Siechtums, erlegen ist.

Was Kethel als monumentalen Geschichtsmaler so hoch über die Vielen emporhebt, die vor ihm und nach ihm ähnliche Motive behandelt haben, das ist zunächst und vor allem die Kraft, mit der er Ereignisse der Vergangenheit als unmittelbar gegenwärtig empfand und schildert. Er stellt keine theatralischen Geschichtsbilder,

gefängenen. Dieser wurde ausschließlich seiner Vernehmung vom 28. Juli 1915 von seinem Sergeanten zum Wasserholen für die Feldküchen fortgeschickt, die sich nicht weit von Mont Saint Eloi befanden. Es war dies am Tage nach dem Angriff vom 16. Juni bei Souchez. Der Zeuge befindet nun wörtlich folgendes:

„Von der Straße aus bemerkte ich in einem Schützengraben einen verwundeten Deutschen, der jammerte. Als ich ihm etwas Distrik und Konerven gab, fing er zu weinen an; ich fragte ihn nach dem Grunde, und er zeigte mir als Antwort eine Verwundung im Unterleib. Beim Schritt entfernte sich ein französischer Militärarzt vorbei. Ich rief ihn heran und bat ihn, dem Verwundeten zu helfen. Er antwortete mir: „Gib ihm einen Bajonettschiff und laß das schmutzige Schwein.“ Mit diesen Worten ging er weg.“

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Petersburg, 14. Mai. (B. T. V.) Amtlicher Bericht vom 13. Mai.

Westfront: Am Oginski-Kanal entwickelte die feindliche Artillerie gegen unseren Stellungsbereich gegenüber dem Flecken Teleschank eine äußerst lebhaftige Tätigkeit. Südlich des Brpset waren die feindlichen Aufklärungsabteilungen sehr reg, so daß es stellenweise zu Kämpfen kam. Südöstlich Kollt und vor Kowo Poczajew (18 Kilometer südwestlich Kregemenier) versuchte der Gegner sich unseren Gräben zu nähern, wurde aber abgewiesen.

Kaukasus: In Richtung Erzindjan eroberten unsere aktiven Truppen im Verein mit Reserve und Reichwehrtruppen im nächsten Angriff eine die ganze Gegend beherrschende und vom Feinde stark ausgebaute Berggruppe. Wir machten bei dieser Gefechtsabteilung 30 Offiziere und 305 türkische Infanteristen zu Gefangenen. In der Gegend von Namakhanum hielten unsere Vortruppen mit Leichtigkeit einen feindlichen Angriff auf. Eine auf dem linken Flügel unserer Armee vorgehende Kolonne schlug die Türken in zweifachem Kampf, machte Gefangene und erbeutete eine noch brauchbare Kanone, mehr als 2000 Gewehre, einige 10 000 Patronen, große Mengen Pulver und anderes Kriegsmaterial.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. Mai. (B. T. V.) Amtlicher Bericht vom Sonnabend: In der Gegend von Trient führten wir wiederholt die Bewegungen feindlicher Truppen, Munitionsabteilungen und Jäger durch das wohlgezielte Feuer unserer Batterien. Die Tätigkeit der feindlichen Artillerie, die durch unsere Batterien erwidert wurde, verursachte einigen Schaden in den bewohnten Ortschaften von Ponte di Legno im Camonicale und von San Giovanni im Tale von Legno. Während einiger kleiner Gefechte am Zusammenfluß der beiden Reno (Etsch) und bei Bivole im Toro-Tal (Etsch) wurde von neuem festgestellt, daß der Feind Explosivgeschosse benutzt. Im Becken von Blisch anhaltend Artilleriefeuer des Feindes gegen unsere Stellungen auf dem Eufka. Im übrigen beschossen unsere Batterien die feindlichen Linien auf dem Komdon und setzten dabei einige Unterlunsträume in Brand. Feindliche Flugzeuge überflogen den unteren Trongo und wurden durch unsere Verjagt, die einige Bomben auf Truppenlager bei Rova Dos und Ronclano abwarfen. Cadorna.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 13. Mai. (B. T. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom 30. April türkischer Zeitrechnung. An der Trakfront keine Veränderung.

An der Kaukasusfront unternahm der Feind, nachdem er im Zentrum im Abschnitt von Kope aus seinen Stellungen verjagt worden war, am 29. April, indem er seine am 28. April gescheiterte Offensive erneuerte und verstärkte, in fünfmaligem Ansturm eine Reihe von heftigen Angriffen gegen den Berg Kope und gegen den Berg Bahli, der nördlich des Kope gelegen ist, um seine verlorenen Stellungen wieder zu erobern. Alle diese Angriffe wurden durch unsere Gegenangriffe zurückgeschlagen. Das wirksame Feuer unserer Artillerie räumte fürchtbar in den Reihen der zurückgehenden feindlichen Kolonnen auf. In diesem Kampfe machten wir mehr als 100 Gefangene. Auf den übrigen Abschnitten dieser Front unbedeutende Patrouillengefechte.

malte keine Trachtenbilder oder Panoramen, sondern steht mitten in den großen Ereignissen drin, die er schildert, durchlebt sie selbst aufs innerlichste mit. In Ottos III. Besuche im Grabe Karls ist dies Nitzelieben zu hoher Gemaltheit gesteigert. Zugleich aber verstand Kethel das einmalige geschichtliche Geschehen in den Kreis des Typischen zu erheben, das Besondere zum allgemein Menschlichen auszugestalten und dadurch im weitesten Maße darstellungsfähig zu machen. So erklärt sich leicht die Fülle natürlicher und wirkungsvoller Motive und Darstellungsmittel, über die seine kostlose und reiche Phantasie bei der Behandlung geschichtlicher Szenen gebot. Als den Gipfelpunkt seiner Leistungen auf diesem Gebiete darf man den heute zum künstlerischen Hauschätze des deutschen Volkes gehörigen „Lotentanz“ ansehen, der jedenfalls unter den Einbräuden der Jahre 1848/49 entstanden ist, obwohl es zweifelhaft bleibt, ob die Revolution selbst oder später ihr Ausgang seine Phantasie entscheidend angeregt hat. Das uralte deutsche Lotentanzmotiv ist hier mit dem modernen Intuition des Genies auf die unmittelbare Gegenwart übertragen. Zeitgenössisches Geschehen ist gleichsam spielend in große geschichtliche Perspektive gerückt; die Ereignisse sind uns erschreckend nah und doch stehen sie in jener Ferne, die die Wirkung künstlerischer Objektivierung ist. Das der Schöpfer dieses Werkes wenige Jahre später zum hilflosen Kinde werden mußte, das müssen wir noch heute als einen der schwersten Schläge bezeichnen, der die moderne Kunst hat treffen können.

Schillertheater O.: „Bürgerlich und romantisch.“

Die Konversations- und Gesellschaftsstücke des Wiener Bauernfeld, die lange Zeit im Ruf besonderen Geistes standen, nehmen sich heute nicht nur im Aufbau und in der Charakteristik, auch in ihrem einst so bewundernten Dialog nicht besonders glänzend aus. Die Ironie plätschert da oft liebenswürdig-kreuzlich, doch immerhin in ziemlich dünnen Strahlen. Neben der Fülle strapantier Einfälle in seines Landmanns Schimplers Einakter „Literatur“ oder Hermann Wahrs „Konzert“ erscheint der Bauernfelds Witz mit seinem Aufputz von Galanterie spärlich, erinnert an auf Draht gezogene Vultus.

Der Held der aus den dreißiger Jahren stammenden Komödie „Bürgerlich und romantisch“ ist ein als Spötter gefürchteter Solomensch, mit starkem Einfluß von Gemüt, der das Herz der etwas eigensinnigen, aber in ihrer „Romantik“ recht bescheidenen Dame (ihre Abenteuerlust erschöpft sich darin, daß sie ohne den Schuh männlicher Begleitung allein mit ihrer Kammergoße reist) erobert. Die Handlung löst sich in die kleinen Kriegslisten der Werbung auf. Harmlos und äußerlich flüchtig wie die Romantik ist auch ihr Gegenstand, das „bürgerliche“ Element gefast. Repräsentiert durch eine philiströse Wiener Patfamille mit einem wohlgezogenen Töchterchen, dem die Roma Anweisungen gibt, wie sie den Bräutigam, den ungeschicklichen Freund des eleganten Felden, zu Pflichten künstlerischer Häuslichkeit erziehen soll. Bis dieser Träne endlich, angestachelt von dem früheren Gefassten, seine verborgene Männlichkeit in Kühner, aber von der gewornten Braut bald bedrängten Revolte kundgibt. — Durch eine frische Aufführung unterstützt fand das Werkchen, so wenig eigentliche Situationskomik es bringt, beim Publikum sehr dankbare Aufnahme. Feing Seeger gab den

Drei feindliche Flugzeuge überflogen gestern die Halbinsel Gallipoli; sie flüchteten nach Tenedos, als die unserer erschienen und mit ihnen zusammenzutreffen suchten. Ein feindlicher Kreuzer versuchte in den Hafen von Sighadiif, südlich von der Küste von Bourla, einzudringen, mußte sich aber nach Samos zurückziehen, nachdem er mit zwei wirkungslosen Schüssen auf unser Feuer geantwortet hatte. Drei unserer Geschosse hatten Vollertriff erzielt. Auf den anderen Fronten nichts von Bedeutung.

Vom U-Bootskrieg.

London, 13. Mai. (B. T. V.) Wie Hobbs meldet, ist der britische Dampfer „Creira“ gesunken.

London, 14. Mai. (B. T. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Admiralität teilt mit, daß das britische Segelschiff „Galgate“ am 6. d. M. von einem deutschen U-Boot 15 Meilen westlich von Cuesant torpediert wurde. Zwölf Mann der Besatzung landeten in einem Boot in Dreß, ein zweites Boot mit 13 Mann wird noch vermisst. Der Raat sagte aus, daß der Segler beidrehte, als das Signal zum Verlassen des Schiffes gegeben wurde.

Zur Versenkung der „Cymric“.

London, 12. Mai. (B. T. V.) „Morning Post“ meldet aus Washington vom 10. d. M.: Das Staatsdepartement hat eine amtliche Untersuchung über die Versenkung der „Cymric“ angeordnet. Das Staatsdepartement hat Zweifel über den Charakter des Schiffes. Wenn die „Cymric“ von der Admiralität gechartert war, Munition beförderte oder Transportdienste für die Regierung tat, dann würde das Staatsdepartement sie als Kriegsschiff ansehen, das ohne Warnung torpediert werden dürfe.

Die Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 14. Mai. (B. T. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) General Smuts meldet drablich: Die deutschen Truppen entfalteten unter der persönlichen Führung von Lettow-Vorbeck eine bedeutende Tätigkeit bei Kondoa-Itangl. Sie versuchten in der Nacht des 9. Mai einen Angriff, dem ein heftiges Bombardement voranging. Sie wurden aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Der Feind setzte seine Offensive am 10. und 11. Mai fort. Am letzteren Tage machte er eine letzte Anstrengung gegen den linken britischen Flügel, die über zurückgeschlagen wurde. Unsere Verluste sind unbedeutend. In einem noch unbestätigten Bericht wird gemeldet, daß belgische Streitkräfte in Ruanda bis Ngali vorgedrungen sind, nachdem sie auf schwachen Widerstand gestoßen waren.

London, 13. Mai. (B. T. V.) Reuter meldet aus Moschi in Ostafrika vom 11. Mai: Gestern wiederholte der Feind seinen Angriff bei Kondoa-Itangl, wobei er sich eines Geschüzes vom Kreuzer „Königsberg“ bediente. Er wurde infolge der vorzüglichen Haltung unserer Truppen zurückgeschlagen. 50 tote Feinde, darunter 2 Europäer, wurden von unseren Truppen aufgefunden. Die britischen Verluste sind gering. Man vermutet, daß der deutsche Oberkommandierende von Lettow-Vorbeck bei dem Angriff zugegen war. General Vandeventers Geschäfte taten ausgezeichnete Dienste.

Krieg und Katholizismus.

„Stimmen der Zeit“ nennt sich eine Monatschrift im Dienste der katholischen Kirche, und zwar eine vorzüglich redigierte, in jeder Hinsicht beachtenswerte Zeitschrift. Hinter den Namen weitaus der meisten Mitarbeiter steht das bezeichnende S. J. (Societas Jesu), d. h. es sind die Patres vom Orden der Jesuiten, die hier ihre Stimme erheben. Diese Herren gehören auch heute noch zu den geist- und kennnisreichsten Kämpfern der Kirche und schon deshalb sollte man diese Stimme sorgsam beachten.

Im Februarheft dieser Zeitschrift also finden wir den Bericht über einen politischen Aufsatz, den der spanische

Weltmann mit gewinnend warmer Bonhomie, Eise Waser war seine gewandte gräßliche Partnerin. Unter den Nebenrollen waren Herrn Siger aus dem Journalismus umgesetzter Lokat (die Figur zielt in dem Stück auf dem bekannten Sappho) und Josephine Kleins niedliches Philisterdöchterchen besonders zu erwähnen.

Kammermusik der Volksbühne.

Ist ein Kammerstück von Beethoven und Mozart bilden im sorgsam gewählten Programm des gestrigen 10. Mittagskonzerts die beiden Espheller oder die Umrahmung unserer klassischen Musikperiode, deren geistlicher Abschluß mit dem Tode Goethes als Epilog klassischer Dichtung zusammenfällt. Eigentlich hätte ja die Mozartsche Sonate für Klavier und Violine der für dieselben Instrumente geschriebenen Beethovenschen vorausgegangen werden können. Eine solche Anordnung würde sowohl der Entschung als dem Schwergewicht noch besser entsprochen haben. Indes — auch so möchte man gern es gelten lassen. Beide Male vereinigen sich zwei Instrumentalisten von anerkannter Reiferschaft: Arthur Schnabel (Klavier) und Karl Fleisch (Violine), zum Vortrag dieser Werke. Zwischen ihnen erhob sich dann Altmeyer Bachs, des Leipziger Thomas-Kantors, „Chaconne“, womit der Geige zum allerersten Male in der europäischen Musikliteratur orchestrale Aufgaben zugewiesen sind. Hieraus erklärten sich die gewaltigsten Anforderungen an die Spieltechnik und zugleich an eine Vortragskunst, der es gelingt, die scheinbar kühle vielerlei Formenprache Bachs mit Gefühlsglut zu durchdrängen. Daß dies Karl Fleisch gelingen würde, begegnet keinem Zweifel.

Nachis und links von Bach waren Solofänge von Schubert, dem größten deutschen Tonmeister, und Brahms posiert. Therese Schnabel, von ihrem Gatten wunderschön am Flügel begleitet, war deren rechtmäßige Interpretin. Bei ihr vereinigen sich ja Stimme, gesprochenes Wort, ausdrucksvolle Mimik und Empfindung zu einem Vortrag von eigenem künstlerischen Gepräge.

So ist denn mit diesem letzten Konzert der Kreis geschlossen. Ein Rückblick auf das Ganze läßt angenehme Betrachtungen und Zukunftshoffnungen aufkommen. Sinfonische Landstättungen und Klammern, Solo- und mehrstimmige Gesänge, Bruchstücke aus Opern (Glad) sowie geschlossene Oratorien wurden zur Aufführung gebracht. Samt und sonderes kam in ihnen der Geist älterer wie neuerer, doch längst von uns geschiedener Meister zur Geltung. Indessen wurde jener Ring auch einmal zugunsten lebender Komponisten (Sibelius, Busoni und Strauß) durchbrochen. Dies mit Zug und Recht. Die Gründung der Berliner freien Volksbühnen daher ja in erster Linie auf der Vermittlung der Gegenwart dramatisch meist Werken der klassischen Weltliteratur überhaupt. Nachdem jenem Hauptzweck die Pflege der Musik angegliedert wurde, ist es im Sinn wachstümlich künstlerischer Bestrebungen gelegen, die Mitglieder beider Volksbühnenvereine und weitergreifend alle Volkstheater von Zeit zu Zeit auch mit Tonschöpfungen modernster Meister von wirklicher Eigenart bekanntzumachen. Die Verfolgung dieser Nebenaufgabe im großen Maße der Musikentwicklung möge dem nächsten Winterhalbjahr überlassen bleiben.

Augustinerpater Bruno Blas in einem spanischen Organ veröffentlicht über das Thema: „Der Katholizismus und der Krieg. Unsere Ansicht“. — Es hat bekanntlich der Weltkrieg auch im katholischen Lager wühlende Fehde entzündet, die Geister prallen auch in der internationalen, in der Weltkirche hart aufeinander. Die katholischen Parteigänger der Entente haben ein Buch in französischer Sprache erscheinen lassen „Der deutsche Krieg und der Katholizismus“, in dem sie nicht nur Deutschland die alleinige Schuld am Kriege zuschieben, sondern auch einen Sieg der Zentralmächte als eine Katastrophe für die katholische Kirche hinstellen. Mit diesem Buche seit die spanische Kirche auseinander und der deutsche Jesuit Matthias Reichmann hält seine Ausführung für so wichtig, daß er sie den deutschen Katholiken im Auszuge mitzuteilen für notwendig hält.

Der Spanier also erklärt: „Wir nehmen uns vor, unparteiisch zu sein, aber keineswegs neutral, denn im Reiche der Ideen ist Neutralität (Unentschiedenheit) ebensoviel wie Geschlechtslosigkeit im Reiche der Natur, d. h. Minderwertigkeit. Die Frage, auf die es ankommt, wäre also diese: Ist es für den Katholizismus besser, daß Frankreich und seine Verbündeten siegen, oder daß die Kaiserreiche Mitteleuropas die Oberhand gewinnen.“

Es wird dann untersucht, wie es um Frankreich steht und um der Vater kommt zum Schluß, daß es aufgeföhrt habe, ein katholisches Land zu sein, ja es sei „katholikenfeindlich in seinen Einrichtungen, katholikenfeindlich sind seine Regierung, seine Gesetze, seine Presse, die überwältigende Mehrheit seiner literarischen Erzeugnisse, sein öffentlicher Unterricht und sogar die Urzelle des ganzen Volkes, die Ehe, die katholikenfeindlich ist durch Gesetz, und was noch schlimmer ist, durch die Tat“. Was also würde der Sieg Frankreichs bedeuten? Die Antwort lautet:

Die Republik wäre die beste der möglichen Regierungsformen, und die radikale, halbsozialistische Republik, die heute jenseits unserer Nordgrenze waltet, bliebe unbestrittene Herrin der Gesetze Frankreichs, denn durch den Sieg über die verachteten Deutschen hätte sie sich die unbedingte Gefolgschaft auch der französischen Katholiken erworben. Vergewaltigt man sich die Folgen eines solchen Zustandes für den Katholizismus! Wenn das schwache und gebemühtige Frankreich ihm innerhalb des Landes und jenseits der Grenzen in Spanien, Italien und Portugal so viel Böses tun konnte, was würde ein vergrößertes und auf den Triumph seiner Heere stolzes Frankreich mit seiner Vormacht über Mittel- und Südeuropa ins Werk setzen? Zu welchen anstößlichen Frechheiten wäre es nicht fähig, wenn es stark im Innern und ohne Feinde von außen bliebe.

Noch schlimmer ist der fromme Vater auf die Verbündeten Frankreichs zu sprechen, denn Rußland ist ihm eine höchst katholikenfeindliche Macht, sein Sieg würde Zurückdrängung des Katholizismus durch das Schisma bedeuten.

Anderer bei einem Siege der Zentralmächte: Das besiegte Frankreich würde „in sich gehen, eine genaue Gewissensforschung anstellen und sich zu einer Umkehr seiner Denk- und Handlungsweise entschließen“.

Deutschland aber ist in Europa der Vertreter der Ordnung und der Autorität. Alles Gute in der vernünftigen und gesellschaftlichen Ordnung läßt sich in den Begriff zusammenfassen, den die einen als das Brandmal, die meisten aber als die Ehre Deutschlands betrachten: den „Militarismus“. Deutschland ist in Europa das Land, wo Ueberlieferung und Autorität im höchsten Ansehen stehen und wo die Interessen der Gesamtheit am besten gewahrt sind, weil Gesetz und Rechtspflege jedem das Seine zukommen lassen.

Nach dem Gesagten würde der Sieg Deutschlands über den Verband den Triumph der Grundzüge sozialer Stetigkeit und des stillen Bewusstseins bedeuten, den Tod der mordbrennerischen Demokratie, welche heute die lateinischen Staaten zerfleischt, und des rohen Utilitarismus im häuslichen und privaten Leben. Da ist nicht schwer zu sagen, ob damit für den Katholizismus Gewinn oder Verlust verbunden wären.

Nun sei freilich Deutschland der Sitz des Protestantismus und der atheistischen Philosophie, dazu ist es das Land des Kulturkampfes gewesen. Indessen der streitbare Vater meint, da müsse dann eben der Katholizismus sich gegen diese Geistverdrängung durchsetzen.

Andere Ueberzeugung, daß der Sieg der beiden Bundesgenossen zum Vorteil des Katholizismus gereichen werde, vertritt sich noch, wenn wir beachten, daß Deutschland sein Schicksal mit Österreich verknüpft hat, das seiner Ueberlieferung und sozusagen seiner Natur nach katholisch ist.

So der spanische Augustiner, dem der deutsche Jesuit freudig zustimmt. Der Burgfrieden verhindert, daß wir hier auf die Hoffnungen für den Katholizismus und die Verdammung der „mordbrennerischen Demokratie“ näher eingehen. Für jene, die ihre Hoffnungen auf die „Neuorientierung“ setzen, wird es jedenfalls nützlich sein, daran erinnert zu werden, daß die katholische Kirche nach wie vor eine Macht ist und daß bei dieser „Neuorientierung“ ihre Anhänger in Deutschland ein Wortchen mitreden werden. Deshalb schien es uns unsererseits geboten, diese Stimme aus dem Lager des internationalen Merkantilismus zu registrieren.

England und Irland.

London, 11. Mai. (W. L. B.) Das Oberhaus nahm die Resolution Lord Loreburns an, das Haus möge seine tiefe Mißbilligung der Verwaltung Irlands in Verbindung mit den jüngsten Unruhen ausdrücken.

London, 11. Mai. (W. L. B.) Im Unterhause sagte Lennox: In Irland wurden 14 Aufständische hingerichtet; zum Tode verurteilt, aber nicht hingerichtet wurden 2, zu Zuchthausstrafen verurteilt 73, zu Gefängnisstrafen mit Zwangsarbeit 6. 1708 wurden außer Landes gebracht; in diesen Fällen fand kein Gerichtsverfahren statt, weil dazu keine Zeit war.

In der Debatte beantragte Dillon (Nationalist), daß die Regierung ihre Absichten über die Fortdauer des Kriegsrechts, der Militärherrschaft und der Massenverhaftungen in Irland mitteilen solle. Dillon sagte, die Hinrichtung eines Mannes außerhalb Dublins würde in Irland große Verärgerung erregen. Die Hinrichtungen machten die Bevölkerung von Dublin, die die Regierung bei dem Aufstand unterstützt habe, wild. Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Dimerick und in der Grafschaft Clare, die ganz ruhig gewesen seien, trieben das Volk in eine illoyale Stimmung hinein. Es sei Wahnsinn, Irland unter der Militärherrschaft zu lassen. Ein Strom von Blut werde zwischen den beiden Massen ausgegossen, die nach Wollfänger Kampf der Versöhnung so nahe gebracht waren. Das ganze Versöhnungswerk werde in einem Strom von Blut ertränkt. Irland werde von dem General Rawdon und von den Dubliner Klubs regiert. Die Zivilbehörden hätten die Flucht ergriffen. Das Schlimmste sei, daß die Somerleytoner offen ihre Freude über den Zustand ausdrückten. In den Klubs sage man, daß das Kriegsrecht der verhassten nationalistischen Partei ein Ende machen würde. Viele junge Iren, die in die Armees hätten eintreten wollen, würden jetzt niemals mehr daran denken. Der Ausschluß der Deffenlichkeit bei

dem Kriegsgericht und die Fortsetzung der Hinrichtungen bezifferten die irische Volksseele. Tausende von Deuten in Dublin, die vor 10 Tagen die ganze Sinn-Reinbewegung bitter bekämpft hätten, seien jetzt infolge dieser blutigen Hinrichtungen auf das höchste gegen die Regierung erbittert, und diese Stimmung verbreite sich in gefährlichem Maße über das ganze Land. Dillon beklagte sich, daß die Regierung die nationalistischen Führer nicht zu Rate gezogen habe und verlangte, daß die Hinrichtungen sofort aufhören sollten. Es sollten öffentliche Gerichtsverhandlungen stattfinden. Die Aufständischen hätten sich tapfer und ehlich geschlagen. (Zwischenrufe.) Es wäre ausgezeichnet, wenn alle britischen Soldaten so tapfer kämpften, wie die Insurgenten in Dublin.

Nachdem Asquith, wie bereits gemeldet, gesprochen hatte, sagte Healy (unabhängiger Nationalist), die letzte Hinrichtung würde das irische Volk mit Schrecken erfüllen und niemals vergessen werden. Die irische Erhebung sei außerordentlich übertrieben worden. Es habe sich um eine Revolte von etwa 1500 Mann gehandelt. Damit hätte die Polizei fertig werden sollen, und statt dessen wurde Dublin mit Granaten beschossen. Wenn das bisherige Regierungssystem wiederhergestellt würde, so würden damit nur weitere Gründe für solche Ausbrüche geschaffen werden.

Aus der englischen Arbeiterbewegung.

London, 12. Mai. (W. L. B.) Eine Konferenz des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien nahm mit 583 000 gegen 135 000 Stimmen eine Resolution an, in der die Konferenz sich gegen den Geist der Dienstpflicht ausdrückt, und erklärt, daß sie bei jeder neuen Erweiterung des Dienstpflichtgesetzes Wachsamkeit üben wird.

Die Gewerkschaft der Frachtwagenfahrer in Manchester beschloß, eine Lohnerhöhung von 10 Proz. zu verlangen. Der Beschluß wurde nahezu einstimmig angenommen. Der ausführende Ausschuss wird dem Arbeitgeberverband die Kündigung des Arbeitsvertrages sofort übermitteln.

Beschlagnahme des „Radical“.

Paris, 14. Mai. (W. L. B.) „Journal du Peuple“ ist auf vier Wochen verboten. „Radical“ ist gestern beschlagnahmt worden.

Ende des spanischen Eisenbahnerausstandes.

Bern, 14. Mai. (W. L. B.) Laut Meldung des Pariser „Temps“ ist der Eisenbahnerausstand in Spanien zugunsten der Arbeiter entschieden.

In Saragozza hat eine eindrucksvolle Kundgebung stattgefunden, an welcher sich alle industriellen und Handelsgesellschaften, die Arbeitergewerkschaften und auch der Stadtrat beteiligten, um die Regierung auf die ernststen Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage aufmerksam zu machen. Alle Betriebe, Läden und Wirtschaften waren geschlossen, und die Organisatoren der Kundgebung übergeben dem Gouverneur zur Weitergabe eine Note, in welcher gefordert wird Requirierung aller spanischen Handelsschiffe zwecks Herabsetzung der Transportkosten für die notwendigen Bedarfsartikel, Herabsetzung und Vereinfachung der Eisenbahntarife, Erhöhung der Ausschüttung auf Eisen und die notwendigen Bedarfsartikel, Minderung der Kohlentransportkosten. Die wirtschaftliche Bedrängnis, die diese Kundgebung hervorrief, beschränkt sich keineswegs auf Saragozza, ganz Spanien fühlte die Rückwirkung des Krieges.

Ein neues montenegrinisches Ministerium.

Berlin, 14. Mai. (W. L. B.) (Meldung der „Agence Havas“). Der Ministerpräsident Radomitch und die übrigen neuen montenegrinischen Minister haben dem König den Eid geleistet und ihre Ämter übernommen. Das Kriegsministerium, dessen Uebernahme vom General Gohnitch abgelehnt worden war, ist dem General Milo Petanowitch übertragen worden. Eine Bekanntmachung bestätigt die neue Zusammenstellung des Ministeriums und enthebt die früheren Minister ihrer Ämter.

Die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen.

Sofia, 13. Mai. (vom Vertreter von W. L. B.) Der bulgarische Finanzminister teilt mit, daß die Verhandlungen über den Durchgangsverkehr mit Rumänien einen mehr als befriedigenden Verlauf nehmen und keinerlei Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen, da diese infolge gegenseitiger Zugeständnisse beider Regierungen behoben worden sind. Achtzehn Waggons sind bereits in Oborsichte eingetroffen.

Anträge der schwedischen Sozialdemokratie.

Stockholm, 13. Mai. (W. L. B.) Meldung des Schwedischen Telegrammbüros: Die Sozialdemokraten hatten im Reichstag Anträge eingebracht zur Herbeiführung eines engeren Zusammenarbeitens zwischen Regierung und Reichstag in Fragen der äußeren Politik und einer Beschränkung des Begriffs des militärischen Geheimnisses. Die Erste Kammer hat heute die Anträge in Uebereinstimmung mit dem Verfassungsausschusse abgelehnt; die Zweite Kammer hat sie dagegen angenommen. Da beide Kammern nicht einig sind, sind damit die Anträge gefallen.

Rußland und Japan.

Kopenhagen, 13. Mai. (W. L. B.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Tokio: Im Zusammenhang mit den unläufigen Gerüchten über ein bevorstehendes Abkommen erklärte der Vorsitzende der Zweiten Kammer, Simda, in der Presse: Das Hauptziel der Alliierten ist der Widerspruch gegen die Militärpläne Deutschlands. Daher ist der Weiterbestand des englisch-japanischen Abkommens notwendig.

Der Finanzuntersekretär sprach sich über die Wichtigkeit größerer russischer Bestellungen in Japan zur Kräftigung der russisch-japanischen Beziehungen aus. Die bevorstehende neue russische Anleihe in Japan werde im Verhältnis zur Verrechnung der Bestellungen realisiert.

Wegen des Initiativtrages in der Reichsduma, betreffend Erlaß eines Einfuhrverbotes von Gasantriebe-, Leder-, Manufaktur-, Apotheker- und anderen Waren aus drei Jahre, beginnend mit Juli 1910, äußerten sich Tokioter Zeitungen dahin, solche Maßnahmen würden großen Einfluß auf Japans Handel haben. In Japan werde die weitere Entwicklung der Angelegenheit in der Reichsduma mit größter Aufmerksamkeit verfolgt.

Eine südchinesische Sonderregierung.

Kopenhagen, 13. Mai. (W. L. B.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Tokio: Die japanische Presse hebt das zwischen den chinesischen Revolutionstruppen und Sunjatsen, Chuanjin und Sentschuan erzielte Einverständnis sowie die bevorstehende Bildung einer die Südprowinzen mit 55 Millionen Bevölkerung einigenden Regierung hervor.

Politische Uebersicht.

Eine Diktatur für Volksernährung?

Der Berliner Vertreter der „N. N. Ztg.“ berichtet: Es sind Vorbereitungen im Gange, deren Ziel die volle Vereinheitlichung aller auf die Volksernährung bezüglichen Maßnahmen ist. Die Vereinheitlichung wäre im Kern so zu denken, daß die Handhabung der gesamten Maßnahmen an eine einzige Persönlichkeit übertragen wird, von deren viel bewährter Tatkraft man die rücksichtslose, straffe Durchführung der ihr zu übertragenden umfassenden Aufgaben erwarten kann. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Entscheidung darüber bereits in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Unter den Kandidaten, die für die Leitung der besonderen Abteilung für Lebensmittelversorgung im Reichsamt des Innern in Frage kommen sollten, wurde auch der Oberpräsident von Ostpreußen, Pattocki, genannt. Er läßt jetzt der Presse mitteilen, daß es sich dabei um ein der tatsächlichen Unterlage entbehrendes Gerücht handle. Der Oberpräsident, der sich um den Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen große Verdienste erworben, könne nicht jetzt inmitten der noch nicht vollendeten Arbeit seinen Posten verlassen.

Steuerkonferenz der bundesstaatlichen Minister.

Am Montag werden sich die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesstaaten in Berlin versammeln, um in der Frage der neuen Steuern zu einer Entscheidung zu kommen. Die Besprechungen dürften zwei Tage in Anspruch nehmen.

Anreiz zur Preidermäßigung.

In Düsseldorf werden allmonatlich die im Kleinhandel ermittelten Durchschnitts- und Mindestpreise für 42 Artikel veröffentlicht. Die Stadtbehörde bemerkt dazu regelmäßig: „Diejenigen Firmen, welche zu den vorstehenden Mindestpreisen verkaufen, sind in allen Polizeibüros zu erforschen. 2. Lebensmittelhändler, welche wünschen, daß auch ihre Lebensmittelpreise bei der Ermittlung für die Stadt berücksichtigt werden, wollen ihren Polizeibüros wöchentlich bis Montag mittag ihre Preise angeben. Die erforderlichen Formulare sind ebenfalls zu haben.“ — Das ist eine Einrichtung, die sich auch für andere Städte empfiehlt, da sie geeignet ist, der beunruhigenden unaufrichtigen Aufwärtsbewegung der Lebensmittelpreise Einhalt zu gebieten.

Ueberschau des Großhandels.

Eine vorbildliche Verordnung hat die Preisprüfstelle Köln erlassen. Danach müssen alle Großhandelspreislisten vor Abendung an die Kunden der Preisprüfstelle eingereicht werden. Die Prüfung erfolgt dann durch einen Gutachterauschuss, der, wenn nötig, die weiteren Schritte unternimmt.

Soziales.

Die Aufregung des Chefs, ihre Ursachen und Folgen.

Der Inhaber der Mufensfabrik von Perl u. Co. stand als Soldat in Rathenow. Anonyme Briefe aus Berlin, die ihn in ein schlechtes Licht setzten, trafen bei seinem Hauptmann ein. Hierüber geriet Perl in heftige Erregung. In dieser Stimmung kam er am 11. März in sein Geschäft und erging sich in einer Flut der widerwärtigsten und schmutzigen Schimpfereien gegen den Verfasser der anonymen Briefe, den er unter seinen Angestellten vermutete, aber nicht sagte, wen er in Verdacht habe. Dieser Auftritt spielte sich ab in Gegenwart des Geschäftspersonals, einschließlich der 15-jährigen Lauf- und Lehrlingmädchen. Am 16. März gab es eine Auseinandersetzung zwischen Frau Perl und der Direktin des Geschäfts. Bei dieser Gelegenheit sagte Frau Perl, die Direktin, Fräulein Rudolph, sei die Verfasserin der anonymen Briefe, ihr hätten die Schimpfereien des Herrn Perl gegolten. Hierbei soll auch Frau Perl Schimpfereien der gleichen Art geäußert haben. Unmittelbar nach diesem Vorfall verließ Fräulein Rudolph ihre Stellung.

Da sie einmonatliche Kündigung hatte, sagte sie beim Gewerbegericht auf Zahlung ihres Gehalts — 225 M. — vom 18. März bis Ende April. Die Klägerin begründete ihre Forderung damit, daß die gräßliche Beleidigung durch den Chef sie zum sofortigen Verlassen der Stellung berechtigte. Der Vertreter des Beklagten wandte dagegen ein: Am 16. sei die Klägerin nicht mehr berechtigt gewesen wegen einer ihr am 11. widerfahrenen Beleidigung, die übrigens bestritten werde, die Stellung aufzugeben. Dagegen sei der Beklagte zur kündigungsfreien Entlassung der Klägerin berechtigt gewesen. Denn diese habe Briefe des Beklagten an seine Frau geöffnet und dem Geschäftspersonal vorgelesen. Die Klägerin habe unter den Angestellten unwahre Redensarten über schlechten Geschäftsgang verbreitet. Ferner habe sie zu anderen Angestellten gesagt, der Beklagte wolle seinen Unteroffizier. Sei hiernach der Beklagte zur kündigungsfreien Entlassung der Klägerin berechtigt gewesen, so habe diese keinen Anspruch auf Gehalt für die Kündigungszeit.

Ueber die Behauptungen beider Parteien wurde durch die Beweisaufnahme, die mehrere Stunden währte, festgestellt, daß die Angaben der Klägerin über ihre Beschimpfung durch den Beklagten der Wahrheit entsprechen. Hinsichtlich der Behauptungen des Beklagten ergab die Beweisaufnahme folgendes: Nicht die Klägerin, sondern eine andere Angestellte hat einmal einen ungenügend beschlossenen Kartenbrief an Frau Perl, den man durch Auseinanderlegen lesen konnte, in Gegenwart des Personals vorgelesen. Weiteren über den vermeintlich ungünstigen Stand des Geschäfts sind unter den Angestellten gemacht worden. Die Behauptung über das Spüren des Unteroffiziers entstand aus folgendem Anlaß: Im Geschäftsflokal, wo alle Angestellten es hören konnten, teilte Frau Perl ihrem Mann mit, der Unteroffizier habe mehrmals angeknipst und gesagt, er sei in Berlin. Darauf meinte der Beklagte Perl, der Unteroffizier wolle wohl mit ihm auf den Dummel gehen. Am Nachmittag desselben Tages kam dann auch ein Unteroffizier namens Becker mit seiner Frau in das Geschäftsflokal, wo sie mit dem Ehepaar Perl zusammen Kaffee tranken. Bei dieser Gelegenheit hat die Klägerin — sie bestritt es — nach Angabe einer Zeugin gesagt: „Das ist einer, der gepöbelt wird.“ Nach dem Kaffee gab Frau Perl einer Angestellten die Bestellung eine: Wufe für die Frau des Unteroffiziers auf.

Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Es ist festgestellt, daß der Beklagte die Klägerin am 11. März durch unflätige Schimpfereien in Gegenwart des ganzen Personals gräßlich beleidigt hat. Erst am 16. März erfuhr die Klägerin, daß sich die Beschimpfungen auf sie bezogen. Sie war also berechtigt, an diesem Tage ihre Stellung zu verlassen. Ob die Frau des Beklagten bei dieser Gelegenheit ähnliche Redensarten gemacht hat, kommt nicht in Betracht. Entlassen ist die Klägerin nicht. Der Beklagte hatte auch keinen Grund zur kündigungsfreien Entlassung. Daß die Angestellten unter sich über die Geschäftslage gesprochen haben, ist kein Entlassungsgrund. Daß die Klägerin gesagt hat, der Unteroffizier wird gepöbelt, ist nicht erwiesen. Es ist absolut ungenügend, daß ein Soldat von seinem Vorgesetzten, den er nur dienlich kennen gelernt hat, beschuldigt wird und daß beide eine Dummelreise zusammen machen. Wenn das ein Dritter sieht und über einen so ungenügenden Vorgang eine Meinung, vielleicht auch eine abfällige Kritik äußert, so kann das kein Entlassungsgrund sein. Aus den angeführten Gründen wird der Beklagte verurteilt, an die Klägerin 225 M. zu zahlen. Klage verurteilt, an die Klägerin 225 M. zu zahlen. (2)

Arbeitsnachweis und Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Diese beiden Angelegenheiten, die seit einiger Zeit die Tätigkeit der Gewerkschaften erheblich in Anspruch genommen haben, standen auf der Tagesordnung einer Konferenz, die am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus abgehalten wurde. In der Konferenz nahmen teil Vertreter der Gewerkschaftsverbände und einzelner Gewerkschaften aus den Orten: Köpenick, Spandau, Strausberg, Königs-Wusterhausen, Ermer, Spandau, Teltow, Jossen, Kauen, Bernau, Oranienburg, Zehlendorf, Werder, Potsdam, Nowawes, Klosterfelde, Velten, Hennigsdorf, Arznen, Michendorf, Wittenberge, Havelberg.

Der Referent Eugen Brückner behandelte in einem eingehenden Vortrage die Bedeutung der paritätischen Arbeitsnachweise. Die Grundgedanken seiner Ausführungen sind zusammengefasst in der nachstehenden

Resolution.

„Die am 14. Mai tagende Konferenz der Gewerkschaftsvertreter erklärt in Verfolg der Gewerkschaftslongebefehle, der Errichtung und dem Ausbau paritätischer Arbeitsnachweise freundlich gegenüberstehen. Die Regelung der Arbeitsvermittlung ist neben der der Arbeitslosenunterstützung eine der wichtigsten Aufgaben. Nur ein gut funktionierender, von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam verwalteter Arbeitsnachweis ist in der Lage, bei Knappheit von Arbeitskräften, ebenso bei großem Andrang von Arbeitslosen eine regelrechte Vermittlung und Verteilung der Arbeitskräfte vorzunehmen. Schließen sich dann die Arbeitsnachweise zwecks Austausch von offenen, nicht zu besetzenden Stellen zu einem Verband „Zentralauskunftsstelle“ zusammen, so ist damit die höchste örtliche respektive provinzielle Form der Organisation gegeben. Ist schon die Arbeitsvermittlung in normalen Zeiten von nicht zu unterschätzender Bedeutung, so noch vielmehr in Zeiten nach dem Kriege, wo ungewissheit eine große Belastung des Arbeitsmarktes durch die rückkehrenden Kriegsteilnehmer stattfindet.“

Die Konferenz richtet daher an die Gemeindeverwaltungen des Bezirkes die dringende Aufforderung, dort, wo Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage nicht bestehen, solche zu errichten. Als selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß den beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmern ein Einfluß auf die Verwaltung zugesichert wird. Dort, wo sich die Notwendigkeit der Anstellung besonderer Arbeitsvermittler herausstellt, müssen dieselben mit den wirtschaftlichen Verhältnissen vertraut sein und das Vertrauen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besitzen.

Die Konferenz beauftragt daher die Gewerkschaftsvertreter resp. Komitee, unterzüglich Anträge an die Stadtverwaltungen auf obiger Grundlage zu richten. Von dem Erfolg der Bemühungen ist umgehend der Gauleiterkommission Kenntnis zu geben.

Mehrere Diskussionsredner aus verschiedenen Orten zeigten durch Anführung tatsächlicher Vorfälle auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung, daß die Durchführung der Forderungen des Referenten eine dringende Notwendigkeit ist. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge

Behandelt ebenfalls der Referent Eugen Brückner. Er betonte, daß die Gewerkschaften ein lebhaftes Interesse daran haben, daß die durch den Krieg Beschädigten Arbeiter wieder einer für sie geeigneten Berufstätigkeit zugeführt werden. Dann wandte sich der Redner der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu und führte aus: Die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geforderte Reichszentralstelle ist leider nicht eingeführt worden. Aber es wurde für jede Provinz ein Landesbeirat ins Leben gerufen, dem die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz obliegt. Vertreter aller Berufe gehören ihm an. Gegen die Organisation des Landesbeirats der Provinz Brandenburg ist nichts einzuwenden. Anders ist es dagegen mit den Kreisbeiräten. Für jeden der 45 Stadt- und Landkreise der Provinz soll ein Beirat errichtet werden, der die Kriegsbeschädigten hinsichtlich der Wahl eines für sie geeigneten Berufs zu beraten hat. Es ist deshalb sehr wichtig, daß den Kreisbeiräten Vertrauensleute von Arbeitern der verschiedenen Berufe angehören. Deshalb haben die zu diesem Zweck zusammengetretenen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die ja zur Mitarbeit in der Kriegsbeschädigtenfürsorge aufgefordert wurden, am 6. August eine Liste eingereicht mit den Adressen von 1000 Vertrauensmännern, die als Berufsberater herangezogen werden sollten. Aber es geschah nichts dergleichen. Die Organisationen beschwerten sich über diese Verschleppung beim Landesdirektor v. Winterfeld. Ihm wurde auch bereits am 8. August ein Organisationsplan eingereicht. Aber das war eine Arbeit für den Papierkorb. Es erfolgte eine erneute Beschwerde und darauf am 8. September eine Verhandlung mit dem Landesdirektor und dem Chefzitat der Lazarette. Hier erklärte der Landesdirektor, unser Entwurf sei gut, er werde als Unterlage für einen zu bildenden Reichsausschuss benutzt. Aber für die Kreisbeiräte wurden unsere Vorschläge nicht eingeführt und unsere Vertrauensleute nicht herangezogen. Um dies zu erreichen, hat der Landesdirektor — wie der Redner betonte — sein Möglichstes getan. Aber die Landräte und auch verschiedene Bürgermeister denken gar nicht daran, unsere Vertrauensleute heranzuziehen, und der Landesdirektor hat in diesem Falle, wo es sich nicht um eine amtliche Organisation handelt, keine Zwangsgewalt gegenüber den ihm nachgeordneten Stellen. Am 8. September hatten 22 Kreise noch keinen Beirat gebildet, 4 Kreise hatten die Bildung eines Beirats abgelehnt, 7 Kreise überwiesen die Angelegenheit dem Reichsausschuss, 8 Kreise antworteten überhaupt nicht und 4 Kreise beschäftigten sich mit Vorbereitungen.

Am 27. Oktober 1915 eruchten wir den Oberpräsidenten um eine Audienz in dieser Angelegenheit. Wir wiesen darauf hin, daß die preussische Regierung in einem Erlass vom 15. Juni 1915 sagt, sie lege Wert darauf, daß sich die Regierungspräsidenten mit der Tätigkeit der Fürsorgestellen in dauernder Fühlung halten. Wir bemerkten ferner, daß es sich unserer Überzeugung nach um eine bedingte Ausschaltung der Angestellten- und Arbeiterorganisationen in dieser ungemein wichtigen Frage handle. — Hierauf erfolgte lange Zeit nichts. Erst im Februar 1916 erhielten wir vom Oberpräsidenten den Bescheid, daß er uns eine Audienz gewähren wolle, aber erst müsse er sich über diese Angelegenheit informieren. Die Information muß wohl sehr gründlich sein, denn bis jetzt haben wir noch keine Mitteilung weiter vom Oberpräsidenten erhalten.

Durch eine Umfrage, die wir Ende April 1916 veranstalteten, wurde folgendes festgestellt: In 22 Kreisen war noch gar nichts geschehen. 10 Kreise hatten ihre Arbeiten begonnen, aber unsere Vertrauensleute ausgeschaltet. In 6 Kreisen waren die Vertrauensleute befriedigend und über 7 Kreise können wir kein Urteil abgeben. — Das Ergebnis dieser Erhebung beweist, daß die Landräte und manche Stadtverwaltungen passive Resistenz gegen die Anordnungen des Landesdirektors treiben. Man sagt, wir leben in einer großen neuen Zeit. Hier zeigt sich, daß die große neue Zeit in der Provinz Brandenburg den Geist alter preussischer Kleinlichkeit vorfindet. — Mit der Heranziehung unserer Vertrauensmänner als Berufsberater in den Kreisbeiräten steht und fällt für uns — die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen — die Kriegsbeschädigtenfürsorge. Wir sind es der Arbeiterschaft schuldig, trotz der Widerstände, auf die wir stoßen, nicht die Waffen zu strecken, sondern immer wieder den Versuch zu machen, mitzuarbeiten zum Wohle der Kriegsbeschädigten und damit zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

In der Diskussion wurden eine Reihe von Einzelfällen ungewöhnlicher und gänzlich mangelnder Fürsorge von Kriegsbeschädigten in verschiedenen Orten angeführt und dadurch bewiesen, wie notwendig die Mitwirkung der Arbeiterschaft in dieser Angelegenheit ist. Die Ausführungen des Referenten fanden ungeteilte Zustimmung.

Vorwärts' und Heeresangehörige

Von Heeresangehörigen an der Front und in Garnisonen sind uns zu verschiedenen Malen Klagen zugegangen, daß ihnen von Vorgesetzten das Halten und Lesen des „Vorwärts“ verboten sei.

Ein Parteiblatt, das sich wegen gleicher Klagen an das Kriegsministerium gewandt hat mit der Anfrage, ob ein solches Verbot amtlich erlassen worden sei, hat darauf einen Bescheid erhalten, in dem es u. a. heißt:

Kriegsministerium.

Nr. 2448. 4. 16. Cl.

Berlin W 66, den 6. Mai 1916.
Leipziger Straße 5.

Der Redaktion teilt das Kriegsministerium auf das Schreiben vom 15. 3. 16 ergebnis mit, daß vom Kriegsministerium während des Krieges keine Verfügung ergangen ist, die das Halten und Lesen sozialdemokratischer Zeitungen verbietet. . . .
Im Auftrage: v. Wrisberg.

Wir bitten unsere Leser im Heere, diesen Bescheid, der uns vor einiger Zeit von einem Vertreter des Kriegsministeriums auch mündlich gegeben worden ist, auszusuchen und aufzubewahren, damit sie sich bei etwaigen Schwierigkeiten auf ihn berufen können. (2)

Aus Groß-Berlin.

Zwang zum Kauf von Kaffeersatzmitteln.

Der „Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel“ hat eine Bekanntmachung erlassen, nach der der weitere Verkauf von Kaffee zulässig ist, wenn dabei gewisse Voraussetzungen erfüllt werden. Es wird u. a. vorgeordnet, daß Kaffee an einen Käufer nur abgegeben werden darf, wenn gleichzeitig mindestens die gleiche Gewichtsmenge Kaffee-Ersatzmittel abgegeben wird. Es soll also ein Zwangsverkauf von Kaffee-Ersatzmitteln durchgeführt werden. Dabei hat dem Kriegsausschuss vermutlich der Gedanke vorgeschwebt, er könne auf diese Weise den Verbraucher zwingen, Kaffee nur im Gemisch mit Ersatzmitteln zu genießen. Diese Annahme dürfte sich aber als ein großer Irrtum erweisen. Die Hausfrauen müssen vielfach eine solche große Menge von Kaffee-Ersatzmitteln mitnehmen, wofür sie gar keine Verwendung haben. Einmal werden sie genötigt, einen hohen Preis für Kaffee-Ersatzmittel anzulegen und dann wissen sie gar nicht, was sie damit anfangen sollen; es bleibt ihnen nur übrig, sie aufzustapeln. Dadurch wird nichts anderes erreicht, als ein sehr starker Verbrauch eines Rohungsmittels, an dem die minderbemittelten Kreise, die die hohen Kaffeepreise nicht anlegen können, starken Bedarf haben. Wir haben durchaus nicht etwa Ueberfluß an Kaffee-Ersatzmitteln, denn diese werden bekanntlich zum ganz überwiegenden Teil aus Getreide hergestellt. Bis zur nächsten Ernte gehört nun aber Getreide zu denjenigen Nährstoffen, mit denen wir durchaus hausälterisch umgehen müssen. Zunächst konnten nur etwa 25 000 Tonnen Getreide für Kaffee-Ersatzmittel bereitgestellt werden. Der Bedarf an Getreide für diesen Zweck ist jedoch weit größer. Es muß daher auch mit Kaffee-Ersatzmitteln durchaus sparsam umgegangen werden. Man wird jedenfalls nicht behaupten können, daß die notwendige Sparamkeit erreicht wird, wenn man den Verbraucher zwingt, Kaffee-Ersatzmittel zu kaufen, ohne daß er im Augenblick Bedarf dafür hat.

Im übrigen war es bisher verboten, wenn Verkäufer an den Verkauf bestimmter Waren die Bedingung knüpften, andere Waren mit zu entnehmen. Deshalb glaubten die Hausfrauen, der Verkäufer, der Kaffee nur dann verkaufen wollte, wenn Kaffee-Ersatzmittel gekauft werden, mache sich strafbar. Sie müssen jetzt sehen, daß sie im Irrtum waren; denn der Verkäufer von Kaffee handelt auf Anweisung des Kriegsausschusses für Kaffee, Tee und Kaffee-Ersatzmittel.

Welche Wirkung die neue Anweisung des genannten Ausschusses zeitigt, erhellt aus Mitteilungen aus unserem Leserkreis. Es ist nicht vorgeschrieben, welche Produkte als Kaffeeersatz gelten. Es gibt viele Geschäfte, die als Ersatzmittel Bichorien verkaufen. Eine Käuferin muß also ein halbes Pfund Bichorien kaufen, wenn sie ein halbes Pfund Kaffee

haben will. Dafür muß sie 2,10 Mark zahlen, für ein halbes Pfund Kaffee 1,90 Mark und für ein halbes Pfund Bichorien 20 Pfennig. Danach kostet ein Pfund Kaffee 3,80 Mark und ein Pfund Bichorien 40 Pfennig, ein Preis, der exorbitant hoch bezeichnet werden muß. Man sieht, zu welchen Konsequenzen die neue Verordnung führt.

Die drei Eiseiligen haben es diesmal recht glimpflich mit uns gemacht. Nur in der Nacht zum Sonntag sank die Temperatur unter Null, aber sie läßt nicht mehr die große zerstörende Wirkung aus, wie das der Fall gewesen wäre, wenn die Vegetation noch weiter zurückgeblieben wäre, wie in früheren Jahren.

Mit ihrem Kind in den Tod.

Mit ihrer zehn Jahre alten Tochter in den Tod gegangen ist die 30 Jahre alte Metallschleiferfrau Martha Lehmann, geborene Stud, in der Brangelstr. 86. Lehmann steht seit Anfang des Krieges im Felde. Seine Frau erhielt die Kriegsunterstützung und verdiente durch Schürzennähen noch dazu. Sie war aber sehr nervenleidend und im Vorjahre schon ein halbes Jahr in der Charité. Sie wurde dann als geheilt entlassen, das Leiden stellte sich aber jetzt von neuem ein. Seit Freitag abend kamen Frau Lehmann und ihre Tochter Elfriede nicht mehr zum Vorschein. Gestern, Sonntag, nachmittag benachrichtigten Hausgenossen, die Verdacht schöpften, die Polizei. Ein Schuhmann öffnete und fand Mutter und Tochter tot in ihren Betten liegen. Die Leichen waren schon erstarrt. Der Hahn der Gaslampe stand auf. Gas war nicht mehr wahrzunehmen, obwohl die Frau alle Ritzen der Türen und Fenster verstopft hatte. Nach dem Befund der Leichen hat Frau Lehmann ihre Tochter und sich wohl schon in der Nacht zum Sonnabend vergiftet.

Mit Gas vergiftet hat sich auch der Heizungsmonteur Georg Bugdal, der vorübergehend in Berlin arbeitete, während seine Frau in Ziegenort bei Steintz wohnte. Seine Wirtin fand den Mann gestern nachmittag in seinem Zimmer tot auf. Was ihn zu dem Selbstmord veranlaßte, weiß man nicht.

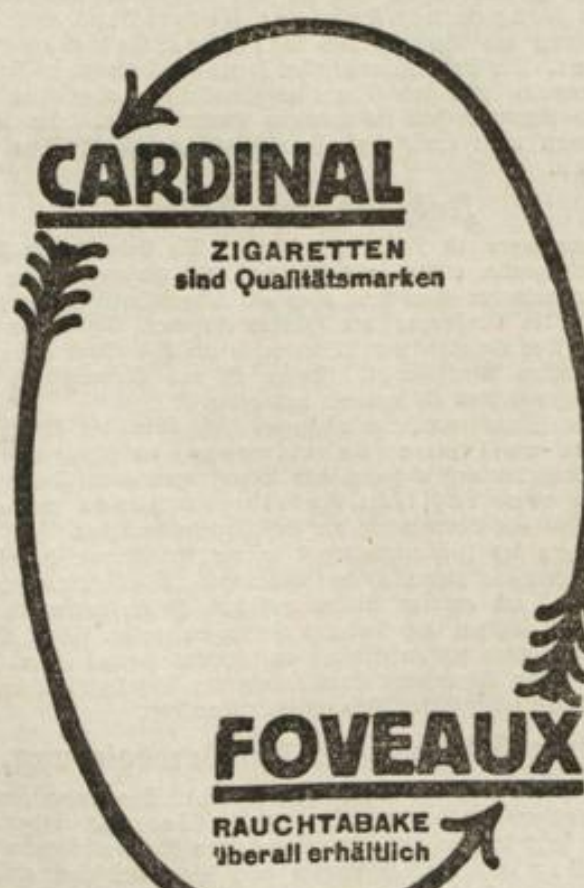
Das Freibad am Müggelsee wurde gestern trotz der kühlen Witterung programmäßig eröffnet. Der Besuch war verhältnismäßig gut. Gegen 800 Personen gingen durch die Kasse. Nur 100 nahmen allerdings ein Bad in den kühlen Fluten. Die übrigen begnügten sich mit einem Luftbad am Stroede. Unglücksfälle kamen nicht vor.

Aus Gram über den Tod ihres Mannes hat sich die 53 Jahre alte Kaufmannswitwe Anna Müller aus der Pastorenstraße 33 mit Gas vergiftet.

Bestrafungen von Lebensmittelhändlern. Das Polizeipräsidium hat wieder eine Liste von Straffällen veröffentlicht, wonach Händler zu Geldstrafen verurteilt worden sind, weil sie Butter oder Schinken zu verkaufen sich weigerten, obwohl sie solche Ware noch besaßen. Eine Reihe Verurteilungen sind auch erfolgt, weil die Preislisten nicht vorgeschriebenmäßig ausgingen oder unvollständig waren.

Sportpark Treptow. „Das goldene Rad“, das klassische Dauerrennen der Treptower Bahn, hat auch in diesem Jahre seine alte Anziehungskraft ausgeübt. Bis in den letzten Winkel hinein drängten sich am Sonntag die Zuschauer, um dem Austrag des Rennens zu folgen. Und sie kamen vollaus auf ihre Rechnung. Das Rennen, in zwei Läufen von je 50 Kilometern, wurde zwischen Fritz Bauer, Gustav Janke, Artur Stellbrink und Otto Pawle ausgefahren. Im ersten Lauf hielt bis zum 40. Kilometer Artur Stellbrink die Führung. Den fortgesetzten Angriffen des glänzenden fahrenden Bauer konnte er jedoch dann nicht mehr standhalten und fiel bis zum Schluß auf die dritte Stelle zurück. Bauer, der spätere Angriffsvorjäger Janke leicht abwehrte, gewann den Lauf in 14 Min. 14 Sek. Janke lag 280, Stellbrink und Pawle 740 und 1840 Meter zurück. Im zweiten Lauf ritz Bauer, der von seinem Schrittmacher Bajorath vorzüglich unterstützt wurde, gleich in der ersten Runde die Führung an sich, um sie bis zum Schluß gegen alle Angriffsvorjäger des ebenfalls sehr gut fahrenden Janke freizugehen zu verteidigen. In diesem Laufe lag Janke 700 Meter zurück, während Pawle mit 2210 Meter Rückstand den dritten Platz behielt. Stellbrink, der wiederholte Raddefekte erlitt, kam für den Kampf nicht in Frage. — Das Hauptfahren über 8 Runden bot eine unerwartete Ueberraschung. Lorenz, eine der großen Nationen, wurde von Stabe geschlagen und konnte sich nur den 2. Platz sichern. Dritter wurde Kraemer. Auch im Prämienfahren wurde Lorenz von Behrend geschlagen, der auch das Vorgabefahren über 5 Runden gewann. Ein Dauerfahren über 15 Kilometer bot wenig interessanten Sport, da von den vier startenden Fahrern nur Weise, der das Rennen kampflös gewann, gute Form zeigte.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag. Weslich der Ober zunächst noch trocken und ziemlich heiter, später zunehmende Bewölkung; in den übrigen Gegenden überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern. Temperaturen wenig verändert.



CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Admiralspalast.
Das neue Eisballett
Fran Fantasie.
9 Uhr. 2, 3, 4 H.

**Tüchtiger
Werkzeugdreher**
werden sofort verlangt.
Ehrich & Graetz
Abt. Werkzeug- u. Maschinenbau
Berlin 30, Eisenstr. 90/91.

Vom 13. bis 20. Mai 1916
werde ich in
Berlin, Hotel Prinz Heinrich, Dorotheenstr. 22
anwesend sein, um

künstliche Augen
direkt nach der Natur für meine Patienten anfertigen und einzupassen.

**F. Ad. Müller, Fabrikant künstl. Augen
aus Wiesbaden.**

Spezialarzt
f. Geschlechtskrankheiten,
Harnleiden, Schwäche,
Ehrlich-Hata-Kuren, Blut-
und Harn-Untersuchungen.

Dr. med. Karl Reinhardt.
Institute:
zwischen Dresden- und Annenstraße,
Prinzenstr. 64
Sprechtags 5-7, Sonntags 10-11.
Potsdamer Str. 117
a. d. Lützowstr., Sprechtags 1/11-2
u. 1/12-2/11 U. abds., Sonnt. 11-1.
Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und postfrei in verschlossenem Kuvert.

**H. & P. Uder, Berlin 30, 16,
Engel-Afer 5.**

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kas-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl galanter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt Hpl. 3014.